

STATT
SCHREIBEN!

INSEKTEN RETTEN - Artenschwund stoppen!



BUND

INU

NABU

 VOLKSINITIATIVE
ARTENVIELFALT
**NATIONALPARK
IN DER SENNE
AUSWEISEN!**
WWW.ARTENVIELFALT-NRW.DE



 VOLKSINITIATIVE
ARTENVIELFALT
**FLÄCHENFRASS
VERBINDLICH
STOPPEN!**

 VOLKSINITIATIVE
ARTENVIELFALT
**SCHUTZGEBIETE
WIRKSAM
SCHÜTZEN!**
WWW.ARTENVIELFALT-NRW.DE

VOLKSINITIATIVE ARTENVIELFALT



DAS BUND-JAHR IN NRW

Jahresbericht 2020

Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland
iV NRW e.V.

 **BUND**

FRIENDS OF THE EARTH GERMANY



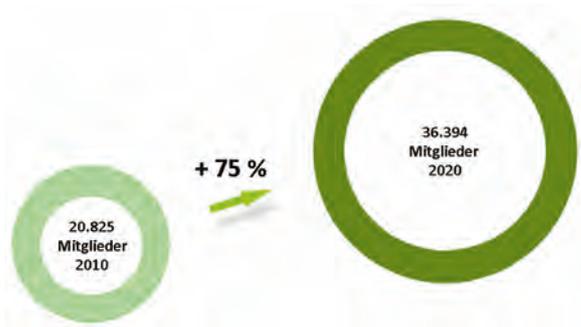
Volksinitiative Artenvielfalt NRW

S. 4



Nein zu Datteln 4

S. 8



Mitgliederentwicklung

S. 24

Inhalt

Vorwort	3
Volksinitiative Artenvielfalt	4
Hand in Hand: Artenschutz im BUND	7
10 Jahre Dellbrücker Heide	10
Waldwende für NRW	11
Ökologische Landwirtschaft	12
Flächenfraß stoppen	13
Widerstand gegen Datteln 4	14
Klima und Dörfer retten	16
Gewässer schützen	18
Wald statt Asphalt	22
Es geht um unsere Zukunft...	24
Unsere Finanzen	26
Unsere Mitglieder	28
Anwalt der Natur	30
Danksagung, Impressum	31

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freundinnen und Freunde,

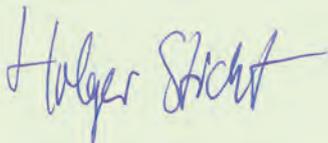
Ich freue mich, Ihnen hiermit unseren bun(d)ten Rückblick auf das Jahr 2020 präsentieren zu dürfen. Er spiegelt in beeindruckender Weise wider, wie vielseitig und erfolgreich der BUND auf Landesebene, mit seinen Arbeitskreisen, Orts-, Kreis- und Regionalgruppen unterwegs ist. Ob Energiewende, Klimaschutz, tiergerechte Landwirtschaft oder der Schutz unserer biologischen Vielfalt – der BUND ist Motor, wenn es darum geht, unser Land Stück um Stück lebenswerter zu gestalten.

Die Corona-Krise stellte auch uns in 2020 vor besondere Herausforderungen. Unzählige Veranstaltungen mussten abgesagt oder bis auf Weiteres verschoben werden. Die für uns so wichtige Aufgabe, in unmittelbarem Kontakt mit Menschen zu treten und gemeinsam aktiv zu werden, war phasenweise stark eingeschränkt. Gleichzeitig erlebten viele Menschen in Zeiten der Pandemie erstmalig hautnah, wie wichtig unverbrauchte Freiräume sind und wie gewinnbringend ein „Weniger“ an Verbrauch sein kann. So haben wir es geschafft, dass mit der Biodiversitäts- und der Klimakrise die dauerhaften gesellschaftlichen Aufgaben nicht von der Bildfläche verdrängt worden sind.

Dies spiegelt sich auch in der wachsenden Zahl der Mitglieder und Aktiven wider: erstmalig sind über 36.000 Menschen Mitglied im BUND NRW. Ihre Beiträge sind unsere finanzielle Basis, auf institutionelle Förderung und zweifelhafte Spenden verzichten wir bewusst. Denn damit gewährleisten wir wie kein anderer Umweltverband unsere Unabhängigkeit von Politik und Wirtschaft.

Ich danke allen Mitgliedern, Spenderinnen und Spendern sowie Mitarbeiter*innen! Sie alle haben dafür gesorgt, dass dieser Jahresbericht wieder eine Erfolgsbilanz geworden ist.

Herzlichst., Ihr



Holger Sticht

BUND-Landesvorsitzender



Das Ziel:
66.000 Unterschriften bis zum
23.7.2021

Das
Quorum
wurde bereits am
31.12.2020
erreicht.

Unterschriften
aus nahezu
396
Gemeinden.



© Bernd Schaller

Volksinitiative Artenvielfalt - Ihre Stimme für Insekten

Wir erleben einen dramatischen Verlust an Pflanzen- und Tierarten. Allein bei den Insekten stehen in Nordrhein-Westfalen 55 Prozent der Schmetterlinge, 52 Prozent der Wildbienen und Wespen, 48 Prozent der Heuschrecken und 45 Prozent der Libellen in der aktuellen Roten Liste der gefährdeten Arten. Seit 1989 ist die Insektenbiomasse um 75 Prozent zurückgegangen.

Trotzdem dürfen selbst in Naturschutzgebieten noch chemisch-synthetische Pestizide eingesetzt werden, verschwinden tagtäglich Freiräume einer Größe von 12 Fußballfeldern unter Siedlungs- und Verkehrsflächen und breiten sich so genannte Schottergärten in unseren Städten aus. Von einer natürlichen Waldentwicklung sind wir weit entfernt, auch der Öko-

landbau kommt nicht schnell genug voran. Das Ziel, neben dem Nationalpark Eifel einen zweiten Nationalpark in der Senne auszuweisen, hat die Landesregierung ebenfalls gestrichen. „In allen artenschutzrelevanten Politikfeldern sehen wir Stillstand oder Rückschritte, viel zu viel Zeit ist unnütz ins Land gegangen, um den Negativtrend zu stoppen“, so das Fazit des BUND-Landesvorsitzenden Holger Sticht.

Deshalb: Einmischen und Druck machen!

Gemeinsam mit der Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt (LNU) und dem Naturschutzbund Deutschland (NABU) startete der BUND im Juli 2020 die ‚Volksinitiative Artenvielfalt NRW‘. Unser Ziel: die Möglichkeiten der direkten Demokratie nutzen, den Erhalt der biologischen Vielfalt auf die Tagesordnung des Landtags setzen und die Landespolitik zum Handeln antreiben. Dazu entwickelten wir konkrete Vorschläge für ein ‚Handlungsprogramm Artenvielfalt NRW‘, die in Ge-



setzen und Programmen verbindlich zu verankern und umzusetzen sind.

Auf ging's! Unter strikter Beachtung der Coronaschutz-Vorschriften, bei sommerlicher Hitze und bei Regengüssen, sammelten unzählige BUND-Aktive landauf landab in Fußgängerzonen und auf Marktplätzen, bei Exkursionen und Naturschutzeinsätzen Unterschriften, unterstützt von einem breiten Bündnis aus fast 100 Organisationen. Die besondere Herausforderung dabei war nicht nur Corona: Für eine offizielle Volksinitiative reicht es nicht, Unterschriften per Mausclick zu sammeln. Jede einzelne Unterschrift der in NRW Wahlberechtigten musste analog gesammelt und vom jeweiligen kommunalem Meldeamt bestätigt werden.

Landauf landab Infostände

Oberhausen, Düren, Herford, Ratingen, Duisburg, Düren, Hamminkeln, St. Augustin, Dortmund, Leverkusen, Wülfrath, Bad Oeynhausen, Minden, Grevenbroich, Warendorf, Kerpen, Köln, Olfen, Herne, Moers, Bad Salzuflen, Soest, Düsseldorf, Bochum, Neukirchen-Vluyn, Beckum, Sindorf, Wesel, Enningerloh, Horrem, Hagen, Ahlen, Essen, Wesel, Solingen, Erkrath, Arnsberg, Bielefeld, Bornheim, Plettenberg, Bottrop, Wuppertal – hier und in vielen weiteren Orten von klein bis groß überall in NRW warben wir um Zustimmung für unsere Forderungen und führten dabei Tausende von Gesprächen mit Bürger*innen.

Vor allem der ungebremste Flächenfraß und die rücksichtslose Bebauung in die freie Landschaft hinein stieß bei vielen Bürger*innen auf massives Unbehagen: Wie soll es in zehn oder zwanzig Jahren bei uns aussehen, wenn das ungestoppt so weitergeht? Die sichtbare Zerstörung und Zerschneidung von Lebensräumen und der Rückgang der Insekten und vieler anderer Tierarten bewegte die Menschen.

Als im Herbst der pandemiebedingte Lockdown keine Infostände der Volksinitiative mehr zuließ, verlagerten wir das Engagement ins private Umfeld: Familienmit-



glieder, Freundeskreis, Nachbar*innen – jetzt galt es ganz besonders, nicht lockerzulassen und im Privaten die Menschen für unser Anliegen zu gewinnen. Viele unserer Mitglieder sammelten fleißig wie die Bienen Unterschriften.

Mit Erfolg: aus fast allen der 396 Kommunen in NRW erreichten uns Unterschriftenbögen. Trotz aller Widrigkeiten und langer Sammelpausen zeichnete sich zur Jahreswende ab: Wir werden die Hürde packen und im Jahr 2021 unsere Forderung in den Landtag einbringen.

www.bund-nrw.de/volksinitiative



Mehr als
100
Hobby-
forscher*innen in
NRW.

In NRW
380
Gartenschläfer-
Sichtungen.

Verbreitungs-
schwerpunkt
im südlichen
Rheinland

Hand in Hand: Artenschutz und Ehrenamt

Ob Krötenzaun, Schutz von Ringelnattern, Hilfe für verletzte Fledermäuse, Pflege von Orchideenwiesen oder Betreuung hochwertiger Naturschutzflächen: in ganz Nordrhein-Westfalen sind bei Wind und Wetter hunderte Aktive ehrenamtlich im Einsatz, um Tier- und Pflanzenarten und ihre Lebensräume zu schützen und zu stärken. Auch Projekte wie die „Spurensuche Gartenschläfer“ finden in den letzten Jahren immer stärkere Unterstützung.

Dem Gartenschläfer auf der Spur

Der Gartenschläfer ist eine kleine Schlafmaus mit Zorro-Maske, die vielerorts aus noch unbekannter Ursache vom Aussterben bedroht oder bereits verschwunden ist. Weil sie so unbekannt ist, ist sie auch noch nicht ausreichend erforscht. Aber ohne Forschung lässt sich kein Schutzkonzept erstellen. Und genau das ist das Ziel des Projekts „Spurensuche Gartenschläfer“, das der BUND gemeinsam mit der Justus-Liebig-Universität Gießen und der Senckenberg Gesellschaft für Naturforschung umsetzt. Das Projekt wird im Bundesprogramm Biologische Vielfalt durch das Bundesamt für Naturschutz mit Mitteln des Bundesumweltministeriums gefördert.

Ohne ehrenamtliche Hilfe wäre es unmöglich, eine Tierart bundes- oder auch nur landesweit zu erforschen und zu schützen. Beim Gartenschläfer bedeutet das, dass allein im Jahr 2020 bundesweit hunderte Wildtierkameras von Freiwilligen kontrolliert, Nistkästen auf Bewohner überprüft, kleine Fußspuren ausgelesen und viele Hinweise zusammengetragen werden mussten. In NRW zeigten über 100 Interessierte eine enorme Bereitschaft, sich für den Gartenschläfer und seiner Erforschung einzusetzen. Deutschlandweit haben mehr als 400 Ehrenamtliche regelmäßig Daten erhoben, Informationen zusammengetragen und gemeinsam mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern daran gearbeitet, den Ursachen für das Verschwinden des Gartenschläfers auf den Grund zu kommen. Und über 1.800 Menschen haben auf unserer Website ihre Hinweise auf Gartenschläfer eingetragen, sodass die Verbreitung der Tiere nun erheblich besser eingeschätzt werden kann. Die in NRW über 380 gesammelten Sichtungen in der Meldestelle zeigen einen deutlichen Verbreitungsschwerpunkt der Gartenschläfer im südlichen Rheinland.

www.bund-nrw.de/gartenschlaefer

Wilde Katzen in unseren Wäldern

Auch im Jahr 2020 haben wir uns um die wilde Verwandtschaft unserer Hauskatzen gekümmert. Ein Schwerpunkt lag vor allem darin, die Anwesenheit von echten Europäischen Wildkatzen (*Felis silvestris*) in unseren Wäldern zu kommunizieren. Denn jedes Jahr werden unzählige Wildkatzenbabys aus dem Wald mitgenommen, in dem Glauben, Hauskatzenjunge vor der Wildnis zu schützen. Gerade im Corona-Jahr 2020 waren noch mehr Spaziergänger*innen im Wald unterwegs und es wurden deutschlandweit wieder über 50 Jungkatzen aus dem Wald genommen. Diese Katzen verenden meist in ein bis zwei Tagen, aufgrund des Stresses oder aufgrund von Hauskatzenkrankheiten, mit denen sie in Tierheimen in Kontakt kommen. Dieses Leid sollte unbedingt vermieden werden.

www.bund-nrw.de/wildkatze



Der Wolf ist gekommen, um zu bleiben

2018 ist der erste Wolf in NRW sesshaft geworden. Stand Dezember 2020 gab es vier ausgewiesene Wolfsgebiete. Diese sind besetzt mit zwei Rudeln im „Wolfsgebiet Oberbergisches Land“ und „Wolfsgebiet Schermbeck“, vereinzelte Wolfsnachweise gibt es in den Wolfsgebieten „Eifel - Hohes Venn“ und „Senne“ und in der Region bei Haltern am See. So ist aus dem „Wolfserwartungsland“ NRW in 2009 ein „Wolfsland“ geworden.

Während es im Wolfsgebiet Schermbeck noch viele Streitigkeiten rund um Wölfin Gloria und ihrem Rudel gibt, wird dem Rudel im Wolfsgebiet Oberbergisches Land mit deutlich weniger Ablehnung begegnet. Nun müssen der Wolf und auch die Bevölkerung lernen, wie sich eine Koexistenz von Beutegreifer und Weidetieren bewerkstelligen lässt.

Den beschönigend als "Entnahme" titulierten Abschuss vermeintlicher Problemwölfe lehnt der BUND ab. Der BUND setzt sich deshalb in Kooperation mit anderen Verbänden, Schäfer*innen und Wissenschaftler*innen dafür ein, alternative Herdenschutzkonzepte zu prüfen. Die Palette reicht von elektrifizierten Flatterbändern über irritierende Geruchstoffe bis hin zu einer stärkeren Beobachtung der Reaktion von Wölfen mithilfe von Wildtierkameras.

Es ist ein Erfolg für den Natur- und Artenschutz, dass der einstmals hier ausgerottete Wolf wieder sesshaft wird. Aber auch die Sorgen und Ängste vieler Menschen über die Rückkehr dieses Beutegreifers müssen ernst genommen werden. Unsere BUND-Gruppen vor Ort sind dabei wichtige Akteure: Sie klären auf, stehen mit Expert*innen für die Medien zu Verfügung, erarbeiten Konzepte. Auch in den entsprechenden behördlichen Gremien auf Landesebene ist der BUND kompetent vertreten.

www.bund-nrw.de/wolf



Orchideen schützen

Orchideen in unseren Breiten sind meist Pflanzen in einer Kulturlandschaft, die sich ihren Lebensraum mit vielen anderen seltenen Pflanzen und Tieren teilen. Nur eine extensive Nutzung sichert ihr Überleben. Dieser Aufgabe hat sich seit 1983 der Arbeitskreis Heimische Orchideen (AHO) des BUND NRW gewidmet. Der Arbeitskreis umfasst zur Zeit etwa 250 ehrenamtliche Mitarbeiter*innen. Regionale Gruppen des AHO existieren derzeit in der Eifel, in Westfalen und in der Braunkohlere Kultivierung bei Köln.

Der AHO betreibt aktiven Naturschutz in Form von Pflegearbeiten: Ökologisch wertvolle Gebiete, die durch das Fehlen extensiver Nutzung verbuscht oder verkrautet sind, werden in einer sogenannten Erstpflege entbuscht, gemäht und freigeräumt. Gebiete, die nicht in Nutzung genommen werden können, werden regelmäßig gepflegt. Aber auch die Wissenschaft kommt nicht zu kurz.

Die BUND-Orchideenschützer*innen versuchen möglichst alle Vorkommen der 52 hier heimischen Orchideenarten – aktuell und historisch – zu erfassen. Mitglieder des AHO kartieren Fundorte nach einer speziellen Kartierungsanleitung. Dazu werden jährlich Kartierungsexkursionen durchgeführt und Literaturangaben zur Verbreitung der heimischen Orchideenarten werden gesichtet und ausgewertet. Der AHO arbeitet dabei mit anderen Naturschutzverbänden, Behörden und Biologischen Stationen zusammen und spricht Schutzmaßnahmen für Orchideen-Biotop ab. Er bietet fachlichen Rat und praktische Hilfe an.

Zur Orchidee des Jahres 2020 kürte der AHO das Breitblättrige Knabenkraut (*Dactylorhiza majalis*). Diese Art und dessen Lebensraum - Nasswiesen und -weiden - ist zunehmend durch Intensivlandwirtschaft und den Klimawandel bedroht.

www.aho-nrw.de





Bedrohte Schönheit

Der auf der bundesweiten Vorwarnliste der bedrohten Arten stehende Grüne Zipfelfalter (*Callophrys rubi*) wurde von der BUND NRW Naturschutzstiftung und der Arbeitsgemeinschaft Rheinisch-Westfälischer Lepidopterologen zum Schmetterling des Jahres 2020 gekürt. Der Falter gilt in Nordrhein-Westfalen als stark gefährdet, in der Eifel und im Siebengebirge als gefährdet, und bereits ausgestorben ist die Art im Bergischen Land. Als Ursache dafür gelten u.a. die Nutzungsintensivierung von eher mageren Standorten durch Landwirtschaft sowie Aufforstungen bzw. forstliche Nutzungsänderungen.



Ehrenamt als Erfolgsgarant

Die biologische Vielfalt verarmt in den letzten Jahren zusehends und rapide: Die Arten, aber auch die Individuenzahlen unzähliger Arten nehmen weiter ab. Doch in vom BUND betreuten Gebieten sieht es ungleich besser aus als in der umgebenden Landschaft. Das wird beispielhaft an dem Kölner Naturschutzgebiet „Dellbrücker Heide“ sichtbar.

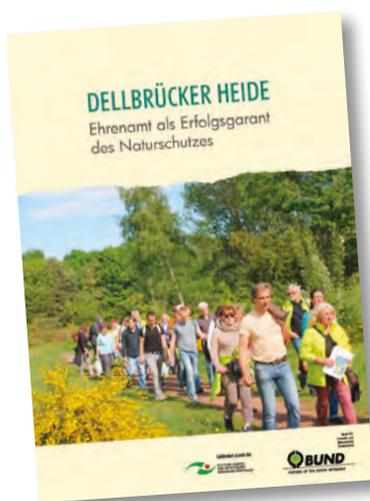
falt nicht nur bewahrt, sondern sogar eine Trendumkehr bewirkt werden konnte.

In dem 84 Seiten starken Jubiläumsband werden außerdem die Naturschutzgeschichte und die Entwicklung des BUND-Projekts, aber auch die Maßnahmen des Naturschutzmanagements, der Umweltbildung und der Öffentlichkeitsarbeit skizziert. Dabei wird auch erkennbar, wie die Zahl der Ehrenamtlichen und im Naturschutz Aktiven durch ein solches Projekt deutlich gesteigert werden konnte.

Von überregionalem naturschutzfachlichen Interesse sind zum Beispiel auch die Maßnahmen zur Behandlung der invasiven, aus Nordamerika eingeführten Spätblühenden Traubenkirsche und die aus der Jagdruhe resultierenden Erkenntnisse.

Vor allem wird sichtbar: die gesellschaftliche Aufgabe, den Schwund der biologischen Vielfalt aufzuhalten, wird nur gelingen, wenn der ehrenamtliche Naturschutz zukünftig mehr Beachtung findet, stärker in die Planung von Schutzgebieten einbezogen und bei der Betreuung in die Verantwortung genommen wird.

www.dellbrücker-heide.net



10 Jahre Dellbrücker Heide

Anlässlich des zehnjährigen Jubiläums brachte der BUND mit Unterstützung der Stiftung für Umwelt und Entwicklung (SUE NRW) die Studie „Dellbrücker Heide – Ehrenamt als Erfolgsgarant des Naturschutzes“ heraus, die anhand von zahlreichen Daten sowie in Wort und Bild den Erfolg von zehn Jahren Arbeit aufzeigt. So weist die Zwischenbilanz beispielsweise bei Vögeln, Heuschrecken und Blütenpflanzen nach, dass die biologische Viel-



© cablender/pixabay

Waldwende für NRW

Die trockenen Sommer ab 2018 haben uns vor Augen geführt, dass die Menschen gemachte Klimaveränderung längst auch bei uns angekommen ist. Arten der Gewässer, nasser und feuchter Lebensräume, die durch die Verbauung und Entwässerung unserer Landschaften eh schon gebeutelt waren, sind die Verlierer.

Mit Blick auf die „Wälder“ Nordrhein-Westfalens wurde vor allem deutlich: Forstökosysteme, die aus Aufforstung entstehen, waren und sind Waldökosystemen, die sich nur aus selbstständiger Vegetationsentwicklung entwickeln können, unterlegen. Am flächigen Absterben der Fichtenforste war dies besonders auffällig und für Viele beängstigend. Dabei wurde hier nur sichtbar, was längst zur Gefährdung oder zum Aussterben eines Viertels unserer Waldbiodiversität geführt hatte: flächiger Anbau statt Waldentwicklung und Ernte, sobald das „Erwachsenalter“ erreicht ist.

Über die Generationen des Anbaus haben wir vergessen, was eigentlich Wald ist. Dabei sind es die standortheimischen Baumarten und -sippen und die mit ihnen in Symbiose auftretenden Organismen, die absehbar die bestmögliche Anpassungsfähigkeit entwickeln. Damit liefern sie alle Klimaschutzleistungen sowie einkömm-

liche Holzerträge. Und nebenbei gewährleisten sie auch als Einzige unsere Ziele zum Schutz der biologischen Vielfalt.

BUND-Masterplan

Was zu tun ist, und vor allem, was unterbleiben muss, das hat der BUND auch anhand von zwei Publikationen dezidiert aufgezeigt und in Politik und Öffentlichkeit beworben: Mit dem „Masterplan Waldwende“ und der Studie „Forst, Wald und Borkenkäfer“ zeigten wir, wie wir die Ansprüche an Holzproduktion, biologische Vielfalt, Hochwasser- und Klimaschutz sowie Erholungsnutzung gleichermaßen erfüllen können. Wir müssen endlich wieder Wälder entwickeln lassen und dies auch im Förderregime mit allein an Biodiversitäts- und Nachhaltigkeitsstandards ausgerichteten Kriterien abbilden. Dafür setzt sich der BUND nicht nur auf politischer Ebene ein, dies setzt er auch selbst in der wachsenden Zahl von Wäldern um, die er betreut oder gesichert hat.

www.bund-nrw.de/waldwende



© Dirk Jansen

Ökologische Landwirtschaft

Die zentralen politischen Weichen zur Ausrichtung der Landwirtschaft werden auf Bundes- und EU-Ebene gestellt. Ob Agrarförderung, Pestizidpolitik oder der Schutz von Gewässern vor unzulässig hohen Düngemengen: Der Lobbydruck ist enorm und ebenso unsere Lust, uns hier laut und bunt einzumischen.

Wir haben es satt

Zum zehnten Mal hintereinander machten wir uns im Januar auf den Weg nach Berlin, um parallel zur Internationalen ‚Grünen Woche‘ mit 27.000 Teilnehmer*innen für eine andere Agrarpolitik, mehr Tierschutz, saubere Gewässer, artenreiche Agrarlandschaften und den Erhalt bäuerlicher Betriebe einzutreten. Gerade im Jahr der deutschen EU-Ratspräsidentschaft kam der Bundesregierung eine zentrale Rolle bei der Gestaltung der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik (GAP) zu. Viele BUND-Gruppen und die BUNDjugend NRW organisierten erneut die gemeinsame Anreise und mobilisierten vor Ort. Diese bunte und kraftvolle Mischung von Bäuerinnen und Bauern, Umwelt-, Tier- und Naturschützer*innen, Imkerei, Gärtenbau, Lebensmittelhandwerk, von Jung und Alt, die gemeinsam und konstruktiv positiv etwas ändern möchten, motiviert uns, nicht nachzulassen.

Kundig und meinungsfreudig

Ein erneut trockener Sommer, ungelöste Nitratbelastungen, Bauernproteste und eine Landesregierung, die in vielen Bereichen auf ein ‚Weiter so‘ setzt anstatt auf eine zukunftsfähige Neuausrichtung der Agrarpolitik: Der BUND bezog auch 2020 öffentlich Stellung. Gegenüber dem Ausschuss für Europa und Internationales des Landtags NRW trugen wir mit Blick auf Klimaschutz und Menschenrechte unsere massiven Bedenken zum geplanten Mercosur-Abkommen der EU vor. Wir brachten unsere Positionen im Landestierschutzbeirat, im Begleitausschuss zum ‚NRW-Programm Ländlicher Raum‘ sowie in Fachgesprächen mit Landespolitik und anderen Verbänden ein. Und wir zeigen, wie es ganz praktisch gelingen kann, Naturschutz und die Erzeugung gesunder Lebensmittel zusammenzubringen: Nach dem Motto „Naturschutz geht durch den Magen“ engagieren sich viel BUND-Aktive ehrenamtlich in Streuobstwiesen-Projekten. Seit vielen Jahren beteiligen wir uns zudem finanziell an vorbildlichen Projekten wie dem „Märkischen Landmarkt“ und der „Upländer Bauernmolkerei“.

www.bund-nrw.de/agrar

3.598 km²
versiegelte
Fläche in NRW

8,1
Hektar/Tag
Flächenverlust für
Siedlungen und
Verkehr

29.533
Kilometer
Straßen
in NRW



© Dirk Jansen

Flächenfraß stoppen

Die Siedlungs- und Verkehrsfläche in Nordrhein-Westfalen umfasst 24 Prozent der Landesfläche, davon sind rund 46 Prozent unter Pflaster, Asphalt oder Beton verschwunden. Pro Tag kommen durchschnittlich 8,1 Hektar Siedlungs- und Verkehrsfläche hinzu, im Schnitt der letzten 10 Jahre lag der Freiraumverlust sogar bei 12 Hektar. Braunkohlentagebaue, Kies- und Sandabgrabungen oder Steinbrüche sind in dieser ernüchternden Statistik noch nicht einmal erfasst.

BUND klagt gegen das Land NRW

Der Flächenfraß geht nicht nur überwiegend zu Lasten landwirtschaftlicher genutzter Räume, sondern ist auch ein maßgeblicher Treiber des fortschreitenden Verlusts an Biodiversität. Auch die negativen Folgen für den Wasserhaushalt und das Kleinklima sind immens.

Höchste Zeit also, gegenzusteuern. Doch die NRW-Landesregierung tut genau das Gegenteil: Unter der Maßgabe, die Wirtschaft zu „entfesseln“, hat Schwarz-Gelb den Landesentwicklungsplan (LEP) geändert und dabei gleich auch die Flächensparziele der Vorgängerregierung als planerische Vorgabe gestrichen. Das „Leitbild flächensparende Siedlungsentwicklung“ von Rot-Grün

sah vor, das tägliche Wachstum der Siedlungs- und Verkehrsfläche bis zum Jahr 2020 auf 5 Hektar und langfristig auf „Netto-Null“ zu reduzieren. Gleichzeitig wurde die Genehmigung von Siedlungen und Gewerbegebieten „auf der grünen Wiese“ erleichtert. Auch die regionalplanerische Steuerung von Abgrabungsflächen wurde geschwächt. Gegen die Änderungen des LEP zog der BUND vor Gericht und reichte beim OVG einen Normenkontrollantrag ein.

Dabei liegen die Lösungen auf der Hand: Die Nachverdichtung des Innenbereichs der Städte, die Erschließung von Industriebrachen (Flächenrecycling), Umnutzungen und Aufstockungen von Wohn- und Gewerbegebäuden müssen gegenüber einer Neuversiegelung deutlich attraktiver werden und Vorrang haben. Fiskalische Elemente müssen die Neuversiegelung erschweren. Das Land muss auch wieder Flächensparziele festlegen und ein Instrument schaffen, das transparent und nachvollziehbar dar- und sicherstellt, dass mit dem Erreichen der Obergrenzen verbindlich keine Neuversiegelung im laufenden Jahr mehr erfolgt.

www.bund-nrw.de/lep



Widerstand gegen Datteln 4

„Raus aus der Steinzeit - Nein zu Datteln 4“ war das Motto unserer Kampagne gegen das von uns seit 13 Jahren mit allen juristischen und politischen Mitteln bekämpfte Steinkohlenkraftwerk Datteln 4. Die offizielle Inbetriebnahme am 30. Mai konnten wir allerdings nicht verhindern.

Reise nach Helsinki

Begonnen hatte das Jahr mit einer erneuten Reise einer kleinen BUND-Delegation in die finnische Hauptstadt Helsinki. Denn Datteln 4 ist längst keine allein deutsches Problem mehr. Durch die Übernahme des Kraftwerksbetreibers Uniper durch den Staatskonzern Fortum ist die finnische Regierung mitverantwortlich. In Gesprächen mit Regierungsvertreter*innen, Investorengruppen und Journalist*innen haben wir vor den Risiken des Kraftwerksbaus gewarnt und für eine Verhandlungslösung gemäß der Empfehlungen der Kohlekommission geworben.

Im Laufe der weiteren Kampagne sammelten wir dann 41.511 Unterschriften für unseren Appell an die finnische Ministerpräsidentin Sanna Marin, das Kraftwerk Datteln 4 zu stoppen. Im August wurden diese an den

finnischen Botschafter in Berlin übergeben. Zeitgleich protestierte auch unsere finnische Partnerorganisation in Helsinki.

Inbetriebnahme trotz Protest

Mehrere tausend Menschen beteiligten sich auch an unserer Aktion zur Uniper-Hauptversammlung im Mai 2020: Mit persönlichen Botschaften an den Uniper-Vorstandsvorsitzenden machten sie ihrer Empörung über den Kraftwerks-Dinosaurier Luft. Vor der Uniper-Konzernzentrale in Düsseldorf projizierten wir diese auf eine großen Videoscreen und überbrachten sie anschließend dem Konzernchef.

Noch bevor das so genannte Kohleausstiegsgesetz am 3. Juli vom Bundestag verabschiedet wurde, halfen die Landes- und Bundesregierung dem Skandalkraftwerk Datteln 4 dann trotz aller Proteste und anhängiger Klagen ans Netz. Begleitet von Corona-konformen Demonstration des BUND und der gesamten Klimabewegung nahm das Kraftwerk am 30. Mai 2020 seinen Regelbetrieb auf - ein klimapolitischer Offenbarungseid. Für den BUND ist das schlichtweg „eine in Stahl und Beton gegossene, 180 Meter hohe Provokation“. 13

Jahre nach dem Baustart, nach zahlreichen vom BUND erwirkten Baustopps, nach technischen Pannen und trotz der gegenteiligen Empfehlung der Kohlekommission produziert das Kraftwerk nunmehr Strom und jede Menge Kohlendioxid. Strom, den keiner mehr braucht oder will.

Bleibt Datteln 4 wie vom Betreiber Uniper geplant bis 2038 am Netz, würde das unweigerlich zu Kohlendioxid-Mehremissionen von etwa 40 Millionen Tonnen führen, hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung für uns errechnet. Das jedoch will der BUND verhindern. Drei unserer Klagen gegen das Kraftwerk sind noch nicht entschieden, sodass der Kohlemeiler derzeit über keine rechtskräftige Genehmigung verfügt. Es gilt auch nach wie vor die Restitutionsverpflichtung aus dem Jahre 2007: Verliert der Betreiber vor Gericht und haben die erteilten Genehmigungen entgültig keinen Bestand, muss Uniper das Kraftwerk wieder abreißen.

Das letzte Kapitel der langen Geschichte um den Kraftwerksschwarzbau ist also noch nicht geschrieben.

www.bund-nrw.de/datteln

Kraftwerk Lünen verliert Erlaubnis

Weniger als neun Kilometer Luftlinie von Datteln 4 entfernt steht ein weiterer Kohlekraftwerksdinosaurier: Das Trianel Kohlekraftwerk Lünen. Auch dieses wird mit dreckiger Steinkohle aus Problemregionen wie Kolumbien oder dem russischen Kusbass befeuert. Beide eint, dass sie energiepolitisch überflüssig sind und die als europäisches FFH-Schutzgebiet ausgewiesenen ‚Cappenberg Wälder‘ unzulässig hoch mit Luftschadstoffen belasten.

Fast ebenso lange wie bei Datteln 4 dauert inzwischen auch der BUND-Rechtsstreit gegen dieses Kraftwerk an. Neben der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung steht dabei auch die wasserrechtliche Erlaubnis auf dem Prüfstand. Denn auch über den Wasserpfad belasten Kohlekraftwerke die Umwelt, zum Beispiel mit Quecksilber und anderen Schadstoffen. Diese schädigen

die Lebensgemeinschaften in der Lippe, die auch unter europäischem Schutz steht.

Im Januar 2020 verbuchte der BUND einen weiteren Klageerfolg: Das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen hat die wasserrechtliche Erlaubnis für die Einleitung von Kühlturmbwasser des Trianel Kohlekraftwerks Lünen in die Lippe aufgehoben.

Der BUND-Rechtsstreit um die wasserrechtliche Erlaubnis für das Steinkohlekraftwerk dauert nun schon 11 Jahre. Das Kraftwerk verfügt damit weiterhin nicht über die rechtmäßige Erlaubnis zur Abwasserableitung, ohne welche der Kohlemeiler nicht betrieben werden kann. Nur weil das Urteil noch nicht rechtskräftig ist, kann das Kraftwerk einstweilen weiterbetrieben werden. Der BUND ist aber zuversichtlich, dass das Urteil auch gegenüber etwaigen Rechtsmitteln der Beklagten und der Beigeladenen halten wird. Der Betreiber startete unterdessen einen neuen Genehmigungsanlauf.

Auch gegen den Bau und Betrieb des Kraftwerks ist noch eine BUND-Klage anhängig. Der Betrieb des Kraftwerks erfolgt also nur bis auf Widerruf. Wie im Falle von Datteln 4 auch waren bislang alle BUND-Klagen gegen das Kraftwerk erfolgreich.

www.bund-nrw.de/trianel_luene





© Marion Böhme

Klima und Dörfer retten

Fünf Jahre nach Verabschiedung des Pariser Klimaabkommens kommt der Ausstieg aus der besonders klimaschädlichen Braunkohlenverstromung nur langsam voran. 51,4 Millionen Tonnen des Klimakillers wurden 2020 im Rheinland gefördert. Die damit verbundenen CO₂-Emissionen summieren sich auf etwa ein Viertel der gesamten Treibhausgasemissionen unseres Bundeslandes. Und trotz aller energiewirtschaftlichen Erkenntnisse und anhaltender Proteste hält die Landesregierung an der Braunkohlegewinnung bis 2038 fest. Die Klimaschutzziele rücken so in weite Ferne.

Ob Aktionen vor der Staatskanzlei oder dem Landtag, Demo am Tagebau oder Landtagsanhörung – überall war der BUND mit seinen Aktivist*innen und Fachleuten präsent. Uns gelang es auch, das Thema bundesweit zu platzieren: Gemeinsam mit Professorin Claudia Kemfert vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung stellten wir der Bundespressekonferenz in Berlin eine Studie vor, welche den Klimaschutzpolitischen Irrsinn eines Festhaltens an der Braunkohle belegt. Denn eines ist klar: Das Einhalten der 1,5 Grad-Grenze des Pariser Klimaabkommens wird nur möglich, wenn die Braunkohlegewinnung massiv reduziert wird. Statt insgesamt noch 900 Millionen Tonnen Braunkohle im Rheinland zu fördern, dürften es nur noch etwa 200 Millionen Tonnen sein. Das bedeutet aber auch, dass Lützerath, Keyenberg und Co. nicht vom Tagebau Garzweiler verschlungen werden dürfen. Dafür werden wir auch weiter kämpfen.

Garzweiler-Dörfer retten

Allein mehr als 600 Millionen Tonnen Braunkohle will die Regierung Laschet noch im Braunkohletagebau Garzweiler durch die RWE AG fördern lassen und dafür weitere sechs Dörfer zerstören. So sieht es die neue Leitentscheidung der Landesregierung vor. Zusammen mit den Tagebaubetroffenen und Bürgerinitiativen hatte der BUND den Leitentscheidungsprozess monatelang begleitet.



Hambi-Verinselung verhindern

Die Rettung der noch etwa 650 Hektar großen Bürgerwälder im Tagebau Hambach war ein großartiger Erfolg des BUND. Lange hatten wir dafür vor Gericht gekämpft. Das ist aber nicht nur gut für die Biodiversität, sondern

© Dirk Jansen (3), JMarion Böhme

auch für das Klima: Durch die Verkleinerung des Tagebaus von ursprünglich geplanten 85 km² auf 68 km² bleiben 1,1 Milliarden Tonnen Braunkohle in der Erde. Die gleiche Menge an Kohlendioxid bleibt so der Atmosphäre erspart.

Aber noch ist der „Hambi“ nicht endgültig vor allen Bedrohungen sicher. Auch wenn der Kohleabbau im Tagebau Hambach in 2029 eingestellt werden wird, will RWE östlich des Waldes auf 600 Hektar Fläche weiterbaggern, um Material für die Böschungsgestaltung im Restloch zu gewinnen („Manheimer Loch“). Das ist nicht nur unnötig, da anderweitig genügend Massen zur Verfügung stehen, sondern verhindert auch die Wiedervernetzung der verbliebenen Waldflächen.

Das BUND-Konzept sieht vor, ein revierweites Biotopverbundsystem zur ökologischen Revitalisierung der geschundenen Region zu schaffen. Dazu setzen wir auf die natürliche Wiederbewaldung zur Verbindung der Restwälder und Verbindungsstrukturen im Offenland. Das „Manheimer Loch“ würde diese Pläne zunichte machen, denn dadurch würde nicht nur der Wald direkt geschädigt, sondern die Wiedervernetzung würde unmöglich. Auch droht der „Hambi“ dann von den anderen Waldflächen endgültig ökologisch isoliert zu werden.

BUND-Klagen

Der juristische Kampf gegen den Tagebau Hambach geht deshalb weiter. Der BUND wehrt sich weiter gegen die vom Land NRW verfügte Zwangsenteignung seiner Widerstands-Wiese am Tagebaurand. Auch wenn unter dem Grundstück jetzt keine Braunkohle mehr gefördert werden soll, hält auch RWE an der Grundabtretung fest, da die Flächen angeblich für die Massengewinnung benötigt werden. Dies ist aber nach unserer Ansicht kein hinreichender Grund, in unsere grundgesetzlich geschützten Eigentumsrechte einzugreifen. Wir hoffen deshalb, dass das große gelbe Kreuz auf unserem Grundstück noch viele Jahre von dem erfolgreichen Widerstand gegen die Braunkohlenbagger zeugen wird.

Eine neue Auseinandersetzung deutete sich indes schon Ende des Jahres an. Mit dem Ablauf der vom BUND ju-



© Dirk Jansen

ristisch angefochtenen Hauptbetriebsplanzulassung Ende 2020 benötigte RWE eine neue bergrechtliche Genehmigung. Ansonsten stünde der Tagebau still. Am 21. Dezember erteilte die Bezirksregierung Arnsberg die benötigte bergrechtliche Zulassung und ordnete auch gleich deren sofortige Vollziehung an. Begründet wurde diese ausdrücklich damit, dass eine neuerliche Klage des BUND die Vollziehbarkeit der Zulassung hemmen würde und die „rechtmäßige Weiterführung des Tagebaus“ ansonsten gefährdet wäre. Deutlicher kann eine Behörde wohl kaum dokumentieren, dass der Schutz der Konzerninteressen als wichtiger erachtet wird, als die Wahrung des Allgemeinwohls.

Gleichwohl legte der BUND beim Verwaltungsgericht Köln Klage gegen die Entscheidung ein. Der juristische Kampf gegen den Tagebau Hambach geht damit weiter.

www.bund-nrw.de/braunkohle



EU-WRRL:
„guter Zustand“
der Gewässer bis
2027

33 Beratungstermine
in 2020 durch das
Wassernetz
NRW

Weniger als
10 Prozent
der Gewässer
erfüllen Zielvorgaben.



Gewässer schützen

Die Dürre der Vorjahre mit ihren teils verheerenden Auswirkungen auf unsere Gewässer und das Grundwasser setzte sich auch 2020 fort. Zunehmende Nutzungskonflikte verschärfen das Problem. So ist der Pro-Kopf-Wasserverbrauch zuletzt wieder gestiegen, Landwirte stellen in ihrer Not vermehrt auf Bewässerungs-Feldbau um. Doch anstatt sich diesem Problem zu stellen und eine entsprechende Strategie zur Sicherung des Grundwassers zu entwickeln, schaute die Landesregierung weitgehend tatenlos zu.

Der BUND spricht mit seinen Fachleuten diese Probleme an und fordert einen anderen Umgang mit unserer kostbarsten Ressource, dem Wasser. Wir wollen lebendige Gewässer, naturnahen Hochwasserschutz, sauberes unbelastetes Grundwasser, eine gewässerverträgliche Landwirtschaft und bessere Kläranlagen sowie Vermeidung und Rückhaltung bedenklicher Chemikalien.

Gesetz schwächt Gewässerschutz

Ein Schwerpunkt der Arbeit des BUND lag 2020 in der kritischen Begleitung der in diesem Zeitraum auf den Weg gebrachten Novelle des Landeswassergesetzes. Die aktuelle Landesregierung beabsichtigte unter dem Mot-

to „Wirtschaft entfesseln“ zahlreiche Regelungen zum Gewässerschutz auszuhöhlen oder gar abzuschaffen. Bei Stellungnahmen und Anhörungen haben wir unsere Standpunkte wiederholt vorgebracht. In die öffentliche Wahrnehmung drang vor allem die Aufhebung des Abgrabungsverbot in Wasserschutzgebieten. Viele andere „Grausamkeiten“, wie der Wegfall der Sicherung rückgewinnbarer Überschwemmungsgebiete oder die Abschaffung des Vorkaufsrechtes zu Gewässerschutz-zwecken traten dabei fast schon in den Hintergrund. Leider ist unsere berechtigte Kritik nicht aufgenommen worden.

Nachhaltigen Landschaftswasserhaushalt wiederherstellen

Unsere Landschaft und auch die urbanen Räume sind durch Entwässerungssysteme geprägt. Ehemalige Feuchtwiesen wurden bis an die Gewässerkante in drainiertes Ackerland umgewandelt. Bei Regenereignissen wird das anfallende Wasser durch Drainagen, Gräben und Kanalisationen schnell abgeführt. Dieser Umstand führt zu Problemen sowohl mit Blick auf Dürren, als auch bei Hochwasserlagen. Der Regen kann einerseits nicht in ausreichendem Maße dem Grundwasser zusickern

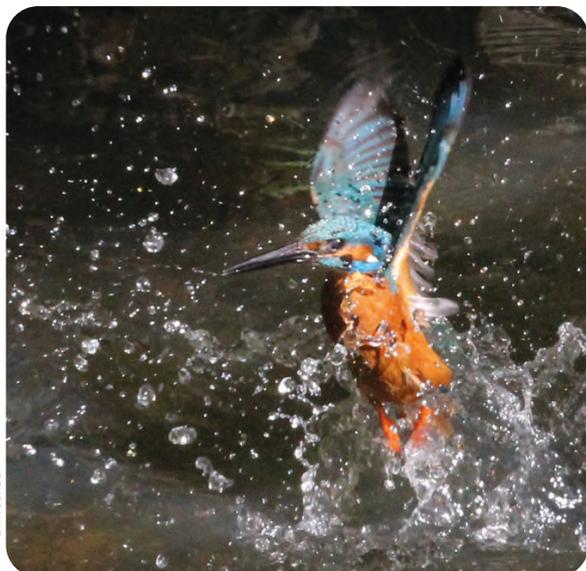
und die Grundwasserstände auffüllen. Andererseits verschärft die schnelle Abführung Hochwassersituationen. Der wieder deutlich angestiegene Flächenverbrauch reduziert die Grundwasserneubildung weiter.

In der Folge schwanken insbesondere kleine Gewässer zwischen Austrocknung und Flutung. Viele an Gewässer gebundene Organismen verlieren ihren Lebensraum, unsere Gewässer verschlechtern sich weiter.

Die Fachwelt hat dieses Problem längst erkannt, Begriffe wie „Schwammstadt“ und „Schwammlandschaft“ machen zunehmend die Runde. Der BUND hat dazu Positionspapiere entwickelt und trägt dieses Aspekte beharrlich bei Tagungen und öffentlichen Diskussionen vor. Ein Umdenken in diesem wichtigen Thema greift erst allmählich um sich, wir bleiben dran.

Schadstoff-Belastungen reduzieren

Im Ablauf herkömmlicher Kläranlagen finden sich tausende, überwiegend unregulierte oder gar unbekannte Spurenstoffe. Von einer Vielzahl dieser Stoffe ist bekannt, dass sie Gewässerorganismen schädigen. Insbesondere bei kleinen Gewässern in Verbindung mit Dürrezeiten liegt der Abwasseranteil im Gewässer teils bei über 50 Prozent mit dann hohen Konzentrationen dieser Schadstoffe im Gewässer. Dies ist in den zurückliegenden Dürre Jahren noch einmal besonders deutlich geworden. Der BUND hat sich in 2020 intensiv mit diesem Thema auseinandergesetzt und fordert neben der Vermeidung problematischer Stoffe die Errichtung einer zusätzlichen, vierten Reinigungsstufe zumindest an Belastungsschwerpunkten. Diese können bei besonders großen Kläranlagen, Kläranlagen mit Zufluss aus Krankenhäusern oder Kläranlagen mit leistungsschwachen Vorflutern vorliegen. Durch diese zusätzliche Aktivkohlefilterung oder Ozonierung können auch Problemstoffe wie Phosphat und Mikroplastik reduziert werden.



© Dirk Jansen



Aktives Wassernetz

Seit 2004 unterstützt das „Wassernetz NRW“ ehrenamtlich Aktive bei der Umsetzung der verbindlichen Ziele europäischer Wasserpolitik (EU-Wasserrahmenrichtlinie, WRRL). Das Wassernetz ist als Gemeinschaftsprojekt des BUND, LNU und NABU angelegt und wird durch das Umweltministerium NRW finanziell unterstützt.

Bedingt durch die Covid-19-Pandemie mussten viele Vor-Ort-Veranstaltungen abgesagt werden. So konnten die angesetzten öffentlichen Abendveranstaltungen zur Darstellung der Vorteile der WRRL aus Sicht der Naturschutzverbände nicht durchgeführt werden. Eine Beteiligung der interessierten Fachöffentlichkeit bereits bei der Aufstellung der Entwürfe des dritten und finalen Bewirtschaftungsplans fand nicht statt. In der Systematik der Wasserrahmenrichtlinie werden im Abstand von sechs Jahren für die darauffolgenden sechs Jahre Bewirtschaftungspläne für unsere Gewässer aufgestellt, um die Ziele der WRRL zu erreichen.

Der ersatzlose Wegfall der vorgezogenen Beteiligung war auch deshalb sehr ärgerlich, weil die Länderarbeitsgemeinschaft Wasser (LAWA) einen sogenannten Transparenzansatz eingeführt hat, hinter den die bis dahin vergleichsweise gute Planung in NRW zurückgefallen ist. Der LAWA-Transparenzansatz hat zum Ziel, den Umbau unserer Gewässer hin zum sogenannten „guten ökologischen Zustand“ beziehungsweise zum „guten ökologischen Potenzial“ bis in die zweite Hälfte dieses Jahrhunderts zu schieben. Nach aktuell gültiger Rechtslage müssen diese Ziele aber bereits spätestens 2027 erreicht werden. Das nächste Vertragsverletzungsverfahren lässt grüßen.

Viele Aktivitäten verlagerten sich in den digitalen Raum. So wurden etwa 33 Intensiv-Beratungen ehrenamtlicher Gruppen online durchgeführt.

www.wassernetz-nrw.de

Gegen die Gülleflut

Die Nitratrichtlinie der EU wurde vor knapp 30 Jahren verabschiedet und fünf Jahre später durch die Düngeverordnung in nationales Recht umgesetzt. Sie soll die Nitratbelastung unseres Grundwassers begrenzen. Bis heute ist es in weiten Landesteilen nicht gelungen, dieses Ziel zu erreichen.

Landesteile mit zu hoher Nitratbelastung werden als „rote Gebiete“ dargestellt. In diesen roten Gebieten gelten verschärfte Vorgaben zur Ausbringung von Düngemitteln. Damit sollen die Nitratbelastungen zurückgeführt werden.

Im Juni 2018 wurde Deutschland folgerichtig in einem Erstverfahren wegen Nichteinhaltung der Richtlinie vom Europäischen Gerichtshof verurteilt. Daraufhin wurde 2020 eine neue Düngeverordnung auf den Weg gebracht. Diese sieht vor, den Stickstoffüberschuss von 180 kg pro Hektar und Jahr auf 170 kg zu begrenzen. In den roten Gebieten ist ein weiterer Abschlag von 20 Prozent einzuhalten. Allerdings werden die roten Gebiete nun auf Grundlage einer deutschen Verordnung auf Anregung von NRW weiter in „nitratgefährdete Gebiete“ unterteilt. Geblieben ist ein kleinteiliges Mosaik von Flächen, auf denen die verschärften Anforderungen einzuhalten sind. Dieses Mosaik deckt sich nur in sehr geringen Teilen mit den roten Gebieten und wird den Anforderungen der EU nicht gerecht.

Für den BUND ist klar: Dieses Vorgehen sieht die Richtlinie nicht vor. Auch die allgemeine Obergrenze von 170 kg Stickstoffüberschuss pro Hektar und Jahr ist weiterhin viel zu hoch angesetzt. Das haben wir in Form von Stellungnahmen und Öffentlichkeitsarbeit wiederholt deutlich gemacht. Der BUND setzt sich für einen grundlegenden Wandel der Landwirtschaft ein. Wir brauchen kleinbäuerliche Strukturen mit einer flächengebundenen Tierhaltung ohne Riesenställe. Der bisherige agrarindustrielle Ansatz führt in eine Sackgasse. Seit langem fordern wir hierfür die Umgestaltung der Rahmenbedingungen.

Ein Zweitverfahren mit Verurteilung und Strafzahlungen von knapp 900.000,- Euro pro Tag ist aus unserer Sicht absehbar.

Ewigkeitslasten durch Steinkohlenbergbau

Der Steinkohlenbergbau in NRW ist Geschichte, doch die Ewigkeitslasten bleiben. Unter Tage lagern hunderttausende Tonnen Giftmüll und große Mengen krebserregendes PCB, der geplante Grubenwasseranstieg, Bergsenkungen sowie -hebungen, Tagesbrüche und Methanausgasungen bedrohen Mensch und Umwelt. Mit einem neuen Grubenwasserkonzept will die RAG die Ewigkeitsfolgen minimieren. Doch der BUND hat daran große Zweifel. Hartnäckig fordern wir deshalb, allen anstehenden wasserrechtlichen Genehmigungsverfahren eine revierweite Umweltverträglichkeitsprüfung mit transparenter Öffentlichkeitsbeteiligung vorzuschalten. Doch weder das Land NRW noch die RAG wollen dem bislang folgen.

Immerhin hat das die Landesregierung in 2020 einen Prozess „Integrales Monitoring Grubenwasser“ aufgesetzt. Das Monitoring dient dazu, die Prognosen und Ziele des Grubenwasserkonzeptes der RAG mit den tatsächlichen Gegebenheiten abzugleichen und gegebenenfalls nachzusteuern. Der BUND ist mit seinen Bergbauexpert*innen als kritischer Beobachter und Begleiter dabei. Erste punktuelle Verbesserungen wurden durchgesetzt.

Allerdings kann das Monitoring kein Ersatz sein für die überfällige Umweltverträglichkeitsprüfung. Diese wird von der zuständigen Behörde unter Verweis auf die Bestimmungen des Bundesberggesetzes ablehnt. Nur eine solche Gesamt-UVP kann aber eine revierweite Gefährdungsabschätzung ermöglichen. Dazu ist für den BUND klar: Das stark mit bergbautypischen Schadstoffen und zudem mit dem Ultragift PCB belastete Grubenwasser darf nicht ohne vorherige Reinigung in Ruhr, Lippe und Rhein eingeleitet werden.

www.bund-nrw.de/wasser



Wildbienenweide retten

Fast 80 Wildbienenarten, dazu seltene Schmetterlinge und gefährdete Heuschrecken: Der Himmelgeister Rheindeich bei Düsseldorf ist ein Brennpunkt für Insektenvielfalt. Doch dieses Wildbienen-Paradies ist bedroht: Das Land NRW will den Deich an Ort und Stelle sanieren und nimmt dafür massive Eingriffe in Kauf.

Ende Juli 2020 hat der BUND auf Antrag seiner Kreisgruppe Düsseldorf beim Oberverwaltungsgericht Münster Klage gegen den Beschluss zur Sanierung des Himmelgeister Deichs in Düsseldorf eingelegt.

Der BUND kritisierte diese Pläne von Anfang an und forderte, den Deich in das Landesinnere zu verlegen. Mit der Deichrückverlegung ließen sich gleich mehrere Ziele erreichen: Neben zusätzlichen Überschwemmungsflächen für einen verbesserten Hochwasserschutz schafft die Rückverlegung ökologisch wertvolle Auenlandschaften, ein attraktives Naherholungsgebiet wäre vor einer möglichen Bebauung geschützt und der alte Deich mit seinen Trockenrasen und landesweit bedeutsamen Wildbienen-Populationen bliebe erhalten. Wann die Klage verhandelt wird, steht noch nicht fest.

www.bund-nrw.de/wildbienenweide



© Dirk Jansen

Wald statt Asphalt

Der „Danni“ ist überall: Nicht nur der Dannenröder Wald soll überflüssigen und schädlichen Straßenverkehrsprojekten weichen, sondern in vielen Regionen fräsen sich neue Asphaltbänder durch Natur und Landschaft, vor allem auch in NRW. Der Landesstraßen-Bedarfsplan sieht allein 168 Maßnahmen vor, dazu kommen etliche aus der Zeit gefallene Bundesstraßen- und Autobahnprojekte, die im Bundesverkehrswegeplan verankert wurden. Der Kampf für eine ökologische Verkehrswende ist für den BUND ein zentrales Thema.

tete Alternativen unberücksichtigt. Eine grundsätzliche Überarbeitung des Bundesverkehrswegeplans und eine Neubewertung der darin verankerten Vorhaben ist also überfällig.

Das gilt auch für den von Straßen.NRW geplanten, 275 Millionen Euro teuren Umbau des Autobahnkreuzes Oberhausen. Dagegen läuft ein breites Bündnis aus Klimaaktivist*innen und Naturschützer*innen Sturm. Mit dabei ist auch die Oberhausener Kreisgruppe des BUND.

Die BUND-Aktiven kritisieren die fehlenden aktualisierten Bedarfsanalysen für den Umbau und die mangelhafte Prüfung vorhandener Alternativen, wie zum Beispiel die Nutzung der Standspuren bei hoher Verkehrsdichte oder elektronische Verkehrslenkungssysteme. Vor allem aber sorgt die geplante Rodung von 11 Hektar wertvollen Waldes für geballte Kritik. Mit einer Gesamtfläche von 204 Hektar ist der Sterkrader Wald der zweitgrößte Wald Oberhausens und besitzt eine hohe Bedeutung für die Region. Der Wald dient als Lebensraum für zahlreiche zum Teil gefährdete Tier- und Pflanzengemeinschaften. Die Fällung von mehr als 4.000 Bäumen – darunter vielen ökologisch wertvollen alte Buchen – für einen solchen Autobahnumbau ist nicht hinnehmbar. Das bekräftigt auch der BUND-Landesvorsitzende Hol-



NRW im Autobahn-Wahn

Allein in NRW sollen bis 2030 etwa 13 Milliarden Euro in den Neu- und Ausbau von Bundesfernstraßen gehen. Projekte wie der Weiterbau der A 46 durch das Sauerland, die A 445, der Ausbau der A 3, die Eifelautobahn A1, die neue Rheinquerung A 553 oder die autobahnähnliche B 474n bei Datteln (*siehe Bild oben*) bekämpft der BUND dabei schon seit Jahren. „Wiesen und Wald statt Asphalt“ ist dabei unser Motto. Alle diese Projekte sind nicht nur schädlich für Natur und Landschaft sowie das Klima, sondern meist auch von fraglichem verkehrlichen Nutzen. Zudem blieben vom BUND erarbei-

© BUND Oberhausen, Georg Wendt/BUND

ger Sticht bei einem gemeinsamen „Waldspaziergang“ und sicherte Unterstützung im anstehenden Planfeststellungsverfahren zu. Eine spätere Klage gegen dieses umweltschädliche Vorhaben ist nicht ausgeschlossen.

Luftverkehr verkehrt

Welch himmlische Ruhe! Der Einbruch des Luftverkehrs durch die Corona-Pandemie hat vielerort deutlich gemacht, wie viel Lebensqualität durch die Vielfliegerei verloren geht. Genauso deutlich wurde aber auch, dass viele Flüge schlichtweg überflüssig sind, da sich digitale Kommunikationsmöglichkeiten als gute Alternative etabliert haben.

Trotzdem halten die Landesregierung und Kommunen an ihren überzogenen Ausbauplänen für Flughäfen wie den in Düsseldorf oder Dortmund fest. Ja, die Landesregierung hat sogar alle Regionalflughäfen im Landesentwicklungsplan als „von landesweiter Bedeutung“ deklariert und deren Ausbau damit quasi vorprogrammiert. Wir haben dagegen Normenkontrollklage eingereicht.

Gemeinsam mit anderen Naturschutzverbänden wendet sich der BUND auch entschieden gegen die vom Flughafen Dortmund beabsichtigte Verlängerung der Start- und Landebahn um 300 Meter. Basis dieser Planung ist eine veraltete Umweltverträglichkeitsprüfung – sie stammt aus dem Jahr 1996. Der BUND war zwar im Rahmen des (nicht öffentlichen) Plangenehmigungsverfahrens wie die Träger öffentlicher Belange von der Bezirksregierung Münster beteiligt worden. Diese hatte aber mit Hinweis auf die aus ihrer Sicht nur geringen Umweltauswirkungen der Landebahnverlängerung auf ein öffentliches Planfeststellungsverfahren verzichtet. Der BUND hingegen fordert ein reguläres Planfeststellungsverfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung statt der beabsichtigten Plangenehmigung. Es ist schon erstaunlich, wie die Verantwortlichen die Klimakrise ausblenden und versuchen, solche aus der Zeit gefallen Planungen

durchzudrücken. Dagegen werden wir uns weiterhin zur Wehr setzen.

Fahrradgesetz kommt

Aber es gibt auch verkehrspolitische Lichtblicke. Am 18. Dezember 2019 hat der NRW-Landtag der vom BUND unterstützten Volksinitiative ‚Aufbruch Fahrrad‘ in allen Punkten zugestimmt – ohne Gegenstimme. Das Aktionsbündnis ‚Aufbruch Fahrrad‘ umfasst 215 Vereine und Verbände. Rund 207.000 Menschen haben für die Initiative ihre Stimme gegeben. NRW ist jetzt das erste Flächenland, dass ein Fahrrad- und Nahmobilitätsgesetz bekommt. Der Erfolg der Initiative zeigt, wie unverzichtbar zivilgesellschaftliches Engagement ist.

Im Januar 2020 startete der Gesetzgebungsprozess. Das Verkehrsministerium lud zu insgesamt vier sogenannten Stakeholdertreffen ein, die im Januar, Juni und Juli 2020 durchgeführt wurden. Das Aktionsbündnis ‚Aufbruch Fahrrad‘ wurde dabei durch das RADKOMM-Team, durch den ADFC NRW, den VCD NRW, den BUND NRW und andere Vereine vertreten. Viele weitere Verbände und Interessenvertretungen waren zu diesen Stakeholdertreffen geladen, darunter der ADAC, die Verkehrsverbände und die Deutsche Bahn, der Städtetag NRW, der Fuß e.V. oder die IHK NRW. Gemeinsam haben wir in Workshops die Forderungen der Volksinitiative und deren Umsetzung erörtert. Im zweiten Halbjahr legte das Ministerium darauf aufbauend ein erstes Eckpunktepapier für das Gesetz vor. Viele unserer Forderungen wurden aufgegriffen, andere nicht. In 2021, so der Plan, soll das Gesetz vom Parlament verabschiedet werden.

Ob wir damit der Verkehrswende nennenswert näher kommen, bleibt trotz dieses großartigen Erfolgs aber aufgrund der zahlreichen anderen „Baustellen“ fraglich.

www.bund-nrw.de/mobilität





© BUNDjugend NRW

Es geht um unsere Zukunft...

...und die nehmen wir selbst in die Hand – so das Motto der BUNDjugend NRW. Wir glauben an eine Zukunft, die wir durch unseren Einsatz, durch unsere Kampagnen, Aktionen und Projekte mitgestalten und verändern können! Wir setzen uns ein für Themen wie gesunde Ernährung, Klimaschutz, 100% Erneuerbare Energien, für eine gerechte Globalisierung und ein solidarisches Miteinander.

Werde Plastik-Aktivist*in

Wir leben in einem Plastikzeitalter. Kein anderer Stoff hat unseren Alltag so schnell erobert wie Kunststoff – Tendenz steigend. Mal ehrlich: Wie oft bist du darüber frustriert, wie viele Verpackungen wieder im gelben Sack/ der gelben Tonne gelandet sind? Wie häufig hast du dich geärgert, wenn nicht nur die Pizza sondern auch ein richtiger Müllberg ins Haus geliefert wurde? Beispiele gibt es viele, die Herausforderung ist groß. Doch es gibt eine Möglichkeit, etwas zu unternehmen: Werde Plastik-Aktivist*in!

Mit dem von der Stiftung Umwelt und Entwicklung NRW geförderten Projekt „Werde Plastik-Aktivist*in“ nimmt die BUNDjugend NRW sich dieser Herausfor-

derung an. Dort werden Menschen begleitet und qualifiziert, die sich mit Plastik kritisch auseinandersetzen möchten. Plastik-Aktivist*innen sind Teil eines Netzwerks von Menschen, die nicht zusehen, sondern handeln. Sie lernen Plastikalternativen kennen und wissen, wie Plastik im Alltag reduziert werden kann. Sie kennen die globalen Dimensionen des Massenkonsums und erreichen mit ihren Aktionen die Gesellschaft, Unternehmen und die Politik.

Im ersten Projektjahr wurden Unterstützungsangebote entwickelt. Dazu zählen Best-Practice-Beispiele und Webinare zum Thema „Leben ohne Plastik“ und „Dein Weg aus der Wegwerfmentalität“. Daraus wurden kürzere 90-Minuten-Webinare entwickelt, die weiter gebucht werden können. Neben den Angeboten der Engagementunterstützung wurden Bildungsangebote für die schulische und außerschulische Bildung entwickelt. Zusammen mit der Verbraucherzentrale NRW als Praxispartner sind dabei Unterrichtseinheiten zu den Themen „Plastik und Umwelt“ und „Plastik und Konsum“ entstanden.

www.bundjugend-nrw.de/plastik



BUND Bildungszentrum Marienhof

Seit die BUNDjugend den Marienhof in Hagen im Jahr 2019 übernommen hat, entsteht dort ein Bildungszentrum mit einem vielfältigen Angebot. Die Schwerpunkte liegen in einer Bildung für nachhaltige Entwicklung, Umweltbildung, Multiplikator*innen-Schulungen und Vernetzungsarbeit. Seit dem Start konnten schon 1.200 Teilnehmer*innen begrüßt werden.

Ab März letzten Jahres verlangte die Situation aufgrund der Corona-Pandemie alternative Formen der Bildungsarbeit. So rief der Marienhof zum Beispiel im Frühling zu einer Postkartenaktion auf: es sollte die längste Blumenwiese der Welt entstehen! Jede*r konnte mitmachen und ein gemaltes Bild einsenden. Alle Werke wurden dann in einem kleinen Film in Szene gesetzt und aus einigen Bildern sind dann tolle Postkarten entstanden.

Ein weiteres Highlight zum Herbst war der Start eines regelmäßigen Naturbewegungsangebotes in Kooperation mit der evangelischen Jugendhilfe Iserlohn-Hagen. Ziel dieses Programms ist es, Kinder mit spannenden Aktionsspielen in einem natürlichen Umfeld zu mehr Bewegung anzuregen und gleichzeitig das Interesse an dem für viele Kinder ungewohnten Bewegungsraum „Wald und Wiese“ zu wecken. So konnten viele Kinder für die Hagener Natur begeistert werden. Auch Tagesangebote, wie Bachexkursionen oder Waldaktionen, fanden ihren Platz im Angebot des Bildungszentrums.

www.marienhof-hagen.de

Auch zu Rassismuskritik aktiv

2020: Nach der Ermordung des Schwarzen US-Amerikaners George Floyd durch einen weißen Polizisten, erreicht die Black Lives Matter Bewegung Deutschland und sorgte dafür, dass Rassismus die Aufmerksamkeit erhielt, die es verdient. Auch in der BUNDjugend, die sich seit 2015 zu den Themen Rassismuskritik und weiteren Diskriminierungsformen engagiert, hat das viele junge Menschen bewegt.

Die BUNDjugend setzt sich als anerkannter Träger der Jugendhilfe selbstkritisch mit Diskriminierungen aus-

einander und sieht es als ihre Aufgabe an, gesellschaftliche und politische Teilhabe junger Menschen, die benachteiligt werden, zu befördern. So wurden von 2015 bis 2020 rund 300 junge Menschen, die Rassismuserfahrungen machen, durch passgenaue Projekte in die Verbandstätigkeiten eingebunden.

Auch auf der inhaltlichen Ebene sind Natur-, Umwelt- und Klimaschutz einerseits und Rassismuskritik andererseits eng miteinander verbunden: Die Ausbeutung von Mensch, Tier und Natur ist in vielen Fällen direkte Folge des Kolonialismus.

Ebenso gilt es zu bedenken, dass Schwarze Menschen, Indigene und People of Color (BiPoC) im Globalen Süden existenziell von den Folgen von Umweltzerstörung und Klimawandel betroffen sind. Auch im Globalen Norden leben BiPoC aufgrund Rassismus und wirtschaftlicher Möglichkeiten vor allem dort, wo die Umweltbelastungen am größten sind. Wenn wir die heutige globalisierte Welt mit ihrer Vergangenheit sehen, wird deutlich, dass wir die Themen Umwelt-, Klima- und Naturschutz nicht von Rassismus lösen können.

Neue BUNDjugend-Gruppe in Bochum

Im Sommer 2020 endete für einige Mitglieder der späteren BUNDjugend-Gruppe Bochum die Schulzeit und damit auch das schuleigene Klimaprojekt. Weiter aktiv zu bleiben stand außer Frage, nur wo? Zu dem Zeitpunkt existierte noch keine Jugendgruppe in Bochum. Warum also nicht gemeinsam etwas Neues starten? Mit ein paar Freund*innen entwickelte sich schnell eine Gruppe. Danach war das Interesse auch bei weiteren Schüler*innen und Student*innen aus verschiedensten Bereichen, die das Thema Natur- und Klimaschutz verbindet, geweckt. Ob FridaysForFuture-Demos oder Volkssinitiative Artenvielfalt - die Gruppe ist sehr aktiv und wächst stetig.

www.bundjugend-nrw.de



Unsere Finanzen

Politische Unabhängigkeit setzt finanzielle Unabhängigkeit voraus. Die klare politische Linie des BUND in Nordrhein-Westfalen ist nur möglich, weil der Landesverband keine institutionelle Förderung erhält, im Kernbereich keine Projektmittel einsetzt und auf zweifelhafte Spenden verzichtet. Lediglich das in der Rechtsform einer GbR organisierte und damit selbstständige Landesbüro der Naturschutzverbände in Oberhausen – Träger der GbR sind neben dem BUND die LNU und der NABU – erhält regelmäßige direkte Zuweisungen aus dem Landeshaushalt hauptsächlich für die Koordination der Stellungnahmen bei Beteiligungsverfahren.

Woher der BUND seine Mittel erhält

Mehr als die Hälfte der Gesamteinnahmen des BUND-Landesverbands NRW stammen aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden. Diese Einnahmen sichern die Unabhängigkeit des BUND und bilden die zentrale Basis für zukunftsorientierte Natur- und Umweltschutzarbeit auf hohem fachlichem Niveau, kontinuierliche qualifizierte Öffentlichkeitsarbeit und die Realisierung eigener innovativer Projekte.

Die Projektzuschüsse sind Drittmittel, die zusätzlich zum Kernbetrieb für bestimmte konkrete Zwecke von der Landesgeschäftsstelle, den BUNDzentren und den Kreis- und Ortsgruppen des BUND NRW auf Basis von Projektanträgen eingeworben werden.

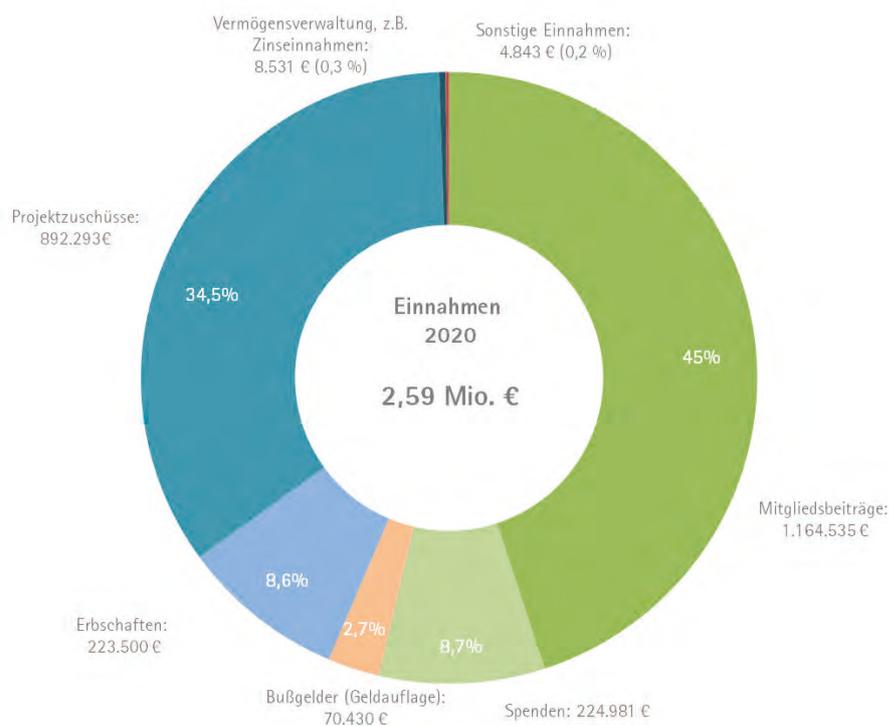
Hinzu kommen Einnahmen aus Legaten, Geldauflagen und Vermögensverwaltung.

Wofür der BUND seine Mittel einsetzt

Gut 55 Prozent der gesamten Mittel kommen unmittelbar Natur und Umwelt zugute. Der BUND NRW verwendet sie für eigene Projekte, Fach- und Lobbyarbeit, Aktionen sowie Presse- und Öffentlichkeitsarbeit oder leitet sie direkt weiter an BUNDgruppen, BUNDzentren und BUNDjugend für deren umweltpolitische Arbeiten und Naturschutz vor Ort.

Rücklagen und Rückstellungen werden gebildet für Natur- und Umweltschutzprojekte, die erst in 2021 beginnen und sich teilweise über mehrere Jahre erstrecken. Hier sollen künftig die BUNDzentren und die Facharbeit des Verbandes weiter gestärkt werden.

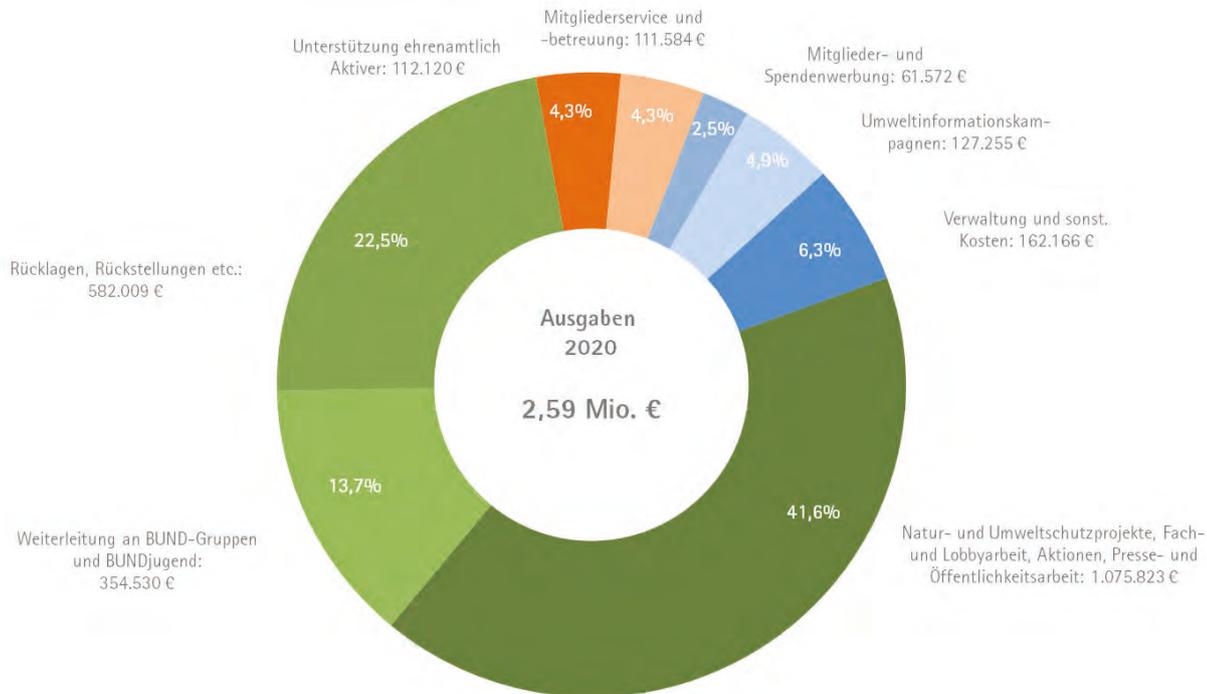
Die Mittel für die Unterstützung ehrenamtlich Aktiver beinhaltet die Betreuung durch die Landesgeschäftsstelle und die Zuarbeit für die ehrenamtlichen Gremien,



in denen ein Großteil der Facharbeit des Verbandes stattfindet.

Bei den Ausgaben für den Mitgliederservice handelt es sich um die Erstellung und den Versand der Mitgliederzeitschrift BUNDmagazin sowie die Beantwortung vieler

fachlicher Anfragen aus der Mitgliedschaft zu diversen Umweltthemen. Hinzu kommen Ausgaben für Umweltinformationskampagnen, für Spenden- und Mitgliederwerbung und Kosten für Verwaltung.



BUND-Stiftung rettet Natur

Geeignete Lebensräume und Verbundachsen für Tiere und Pflanzen zu erhalten oder wieder zu entwickeln, ist in unserer intensiv genutzten Landschaft sehr schwierig. Deshalb erwirbt die BUND NRW Naturschutzstiftung schützenswerte Flächen und sichert sie damit dauerhaft für den Naturschutz.

Traditionell und extensiv bewirtschaftete Kulturlandschaftsflächen sind Voraussetzungen für das Vorkommen vieler seltener Tier- und Pflanzenarten und deshalb besonders wertvoll. Viele Flächen im Eigentum der Stiftung müssen daher bewirtschaftet werden, zum Beispiel als Mähwiese oder Weide. Die fachgerechte Bewirtschaftung oder Pflege der Flächen der Stiftung sowie das Monitoring bei besonderen Zeigerpflanzen und -tieren erfolgt auf ehrenamtlicher Basis von den örtlichen BUND-Gruppen. Auf diese Weise werden die Vorzüge einer „auf ewig angelegten“ Stiftung mit dem Engagement und der Kompetenz eines lebendigen Umwelt- und Naturschutzverbandes vereint.

Die 2002 ins Leben gerufene BUND NRW Naturschutzstiftung hat in 2020 eine Bilanzsum-

me von 1 Million Euro überschritten. Es befinden sich mehr als 85 Hektar wertvolle Flächen im Eigentum der Stiftung. Dazu zählen überwiegend Wiesen, Weiden und Waldgebiete, aber auch besondere Biotope wie die Kattensteinhöhle im Sauerland, ehemalige Sand- und Kiesgruben im Rhein-Sieg-Kreis sowie stillgelegte Bahntrassen als Vernetzungselemente im Kreis Düren.

Sie können die BUND NRW Naturschutzstiftung finanziell mit einer Spende oder Zustiftung unterstützen oder auch Naturschutzflächen an die Stiftung verkaufen, verschenken oder vererben.

www.bund-nrw.de/bund-nrw-naturschutzstiftung



Unsere Mitglieder

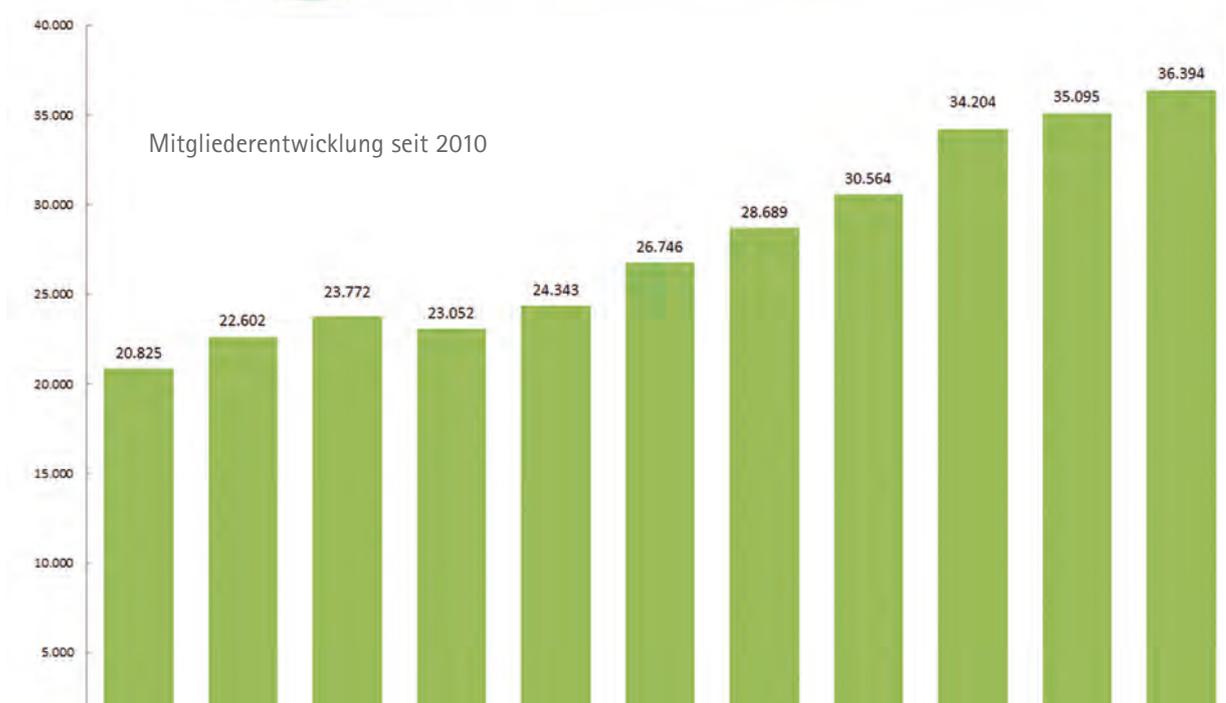
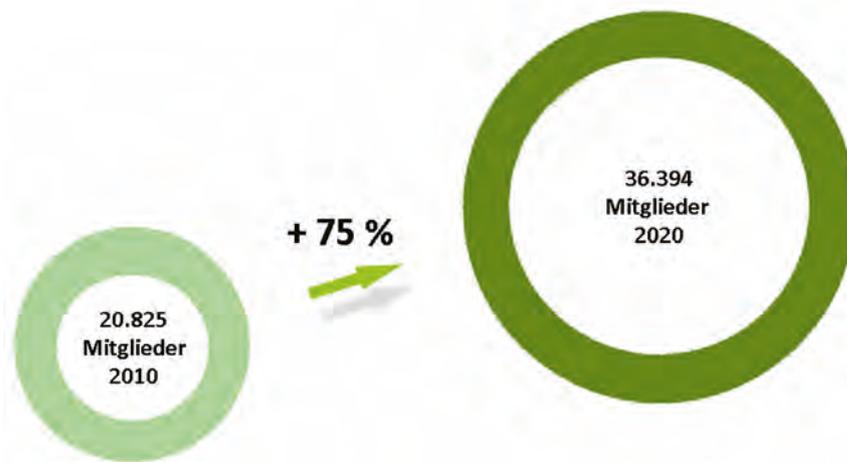
Auch in Zeiten der Corona-Pandemie macht die Klima- und Biodiversitätskrise keine Pause. Obwohl sich die Sichtbarkeit des BUND zwangsweise mehr in den digitalen Raum verlagert hat, setzte sich die positive Mitgliederentwicklung fort. Auch in 2020 schlossen sich immer mehr Menschen dem BUND an. So entsteht eine starke Gemeinschaft, die gemeinsam für den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen eintritt.

Denn der Natur- und Umweltschutz lebt vom Mitmachen. Ob für kurze Zeit, über viele Jahre hinweg, daheim im Münsterland, Ruhrgebiet, Siegerland oder anderswo in NRW, direkt vor der eigenen Haustür oder auf Landesebene: Gemeinsam mit anderen etwas anzustoßen, sich einzumischen, und versuchen, Dinge zum Besseren

zu verändern, ist oft eine erfüllende Aufgabe. Ehrenamtlich, meinungsfreudig, politisch unabhängig und oft mit großer Beharrlichkeit leisten BUND-Aktive Tag für Tag einen unverzichtbaren Beitrag für unsere Umwelt.

Unsere Mitglieder ermöglichen es uns auch, die Belange von Natur und Landschaft dauerhaft finanziell und inhaltlich unabhängig zu vertreten. Unsere Mitglieder sind das Fundament unserer Arbeit. Und die Herausforderungen nehmen immer weiter zu. In diesem Fall ist Wachstum nötig. Machen auch Sie mit und werden Sie Mitglied!

www.bund-nrw.de/mitglied-werden





BUND-Mitgliederwerbung

Aus dem Verband – für den Verband!
Unter dem Motto werben BUND-Gruppen neue Mitglieder. Besonders erfolgreich dabei ist seit vielen Jahren der BUND in Lemgo.

Erfolgreich unterstützt werden die Gruppen von der verbandseigenen BUNDconnect GmbH. Als wahre Überzeugungstäter*innen informieren deren Mitarbeitende in unseren Städten über den BUND und verbreitern unsere Mitgliederbasis. Denn nur gemeinsam sind wir stark!

www.bundconnect.de



Etwa
1.000
neue Genehmigungs-
verfahren
pro Jahr.

Nur
4 neue
BUND-Klagen
in 2020.

Fast
50 Prozent
Erfolgsquote der
Verbandsklagen.



© Dirk Jansen

Anwalt der Natur

Ob Genehmigungsverfahren von Braunkohlentagebauen, Kohlekraftwerken, Abfalldeponien, ob Befreiungen vom Landschaftsschutz, Straßenbaugenehmigungen oder verweigte Herausgaben von Umweltinformationen – als einem nach dem Landesnaturschutzgesetz und dem Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz anerkanntem Naturschutzverband stehen dem BUND in Nordrhein-Westfalen bestimmte Beteiligungs- und Klagerechte zu, die andere Vereine nicht haben.

Dabei geht einer Klage immer eine arbeitsintensive vorherige Beteiligung in den Genehmigungsverfahren voraus. Pro Jahr landen etwa 1.000 (!) neue Verfahren auf dem Tisch unserer (meist) ehrenamtlichen Bearbeiter*innen vor Ort. Sie erarbeiten fachlich fundierte Stellungnahmen zu den Plänen und Projekten, bringen Verbesserungsvorschläge oder Alternativen vor. Alle diese Verfahren koordiniert seit 1982 das ‚Landesbüro der Naturschutzverbände‘ in Oberhausen, das wir gemeinsam mit den Naturschutzvereinen LNU und NABU betreiben. Auch für die Behörden und Vorhabens-träger ist das Landesbüro der zentrale Ansprechpartner. Damit kommt der Einrichtung eine herausragende Bündelungsfunktion zu.

In den wenigsten Verfahren kommt es dann auch zu ei-

ner Auseinandersetzung vor Gericht. Der BUND arbeitet immer zuerst auf Lösungen zugunsten der Natur hin. Scheitern solche, bleibt in ausgewählten Fällen nur der Klageweg. Nicht immer sind unsere Klagen so spektakulär wie die gegen den Tagebau Hambach oder die Kohlekraftwerke Datteln und Lünen. Auch unter dem Radar der breiten Öffentlichkeit spielen sich viele Verstöße gegen das Umweltrecht ab.

Wer klagt, muss sich auf eine lange Verfahrensdauer einstellen. Ende 2020 waren noch knapp 20 BUND-Klagen vor Gericht anhängig, vier neue kamen in diesem Jahr dazu:

- Untätigkeitsklage gegen die Stadt Köln zur Einsicht in die Umweltgutachten zum Hotelbau am Flughafen Köln/Bonn;
- Normenkontrollbeschwerde gegen den neuen Landesentwicklungsplan;
- Klage gegen den Planfeststellungsbeschluss zum Bau der Hochwasserschutzanlage Himmelgeister Rheinbogen, Düsseldorf;
- Befreiung vom Landschaftsschutz Insel Grafenwerth, Rhein-Sieg-Kreis.

www.bund-nrw.de/verbandsklagen



Herzlichen Dank

Zahlreiche Spenderinnen und Spender haben uns im vergangenen Jahr unterstützt – neben den vielen ehrenamtlich Aktiven, die unsere Projekte mit viel Herzblut begleiten und voranbringen.

Diese Hilfe ermöglicht es uns, unabhängig, nachhaltig und kontinuierlich für den Natur- und Umweltschutz einzutreten.

Dankbar sind wir auch all jenen, die den BUND NRW mit einer Erbschaft oder einem Vermächtnis bedacht haben.

Ihr Vertrauen und Ihre Spenden sind die Voraussetzung für unsere Erfolge. Bitte helfen Sie uns auch weiterhin!

www.bund-nrw.de/spenden

Spenden sind steuerabzugsfähig. Erbschaften und Vermächtnisse sind von der Erbschaftssteuer befreit.

IMPRESSUM

Herausgeber: Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V., Merowingerstr. 88, 40225 Düsseldorf, Tel.: 0211/302005-0, e-Mail: bund.nrw@bund.net • **V.i.S.d.P.:** Holger Sticht, Landesvorsitzender • **Redaktion & Layout:** Dirk Jansen • **Vereinsregister:** Düsseldorf, Nr. 5463 • **Steuernummer:** 106/5740/1393 • **Druck:** TIAMAT, Düsseldorf • © BUND NRW e.V., Düsseldorf, September 2021

Herzlichen Dank auch an alle in Verband und Landesgeschäftsstelle für die wertvolle Mitarbeit an diesem Jahresbericht.

Natur und Umwelt
brauchen Schutz!

Werde Mitglied!

www.bund-nrw.de/mitglied-werden

Oder unterstütze
unsere Arbeit mit
einer Spende.

BUND-Spendenkonto:

Bank für Sozialwirtschaft
GmbH Köln

IBAN: DE26 3702 0500 0008 2047 00

BIC: BFSWDE33XXX

Folgen: facebook.com/bund.nrw

Mögen: twitter.com/bund_nrw



Bund für
Umwelt
und Naturschutz
Deutschland
LV NRW e.V.

www.bund-nrw.de